



## Aussprache

### Veranstalter

Wir gehen aus Zeitgründen jetzt gleich zur Aussprache über, in der natürlich auch die Fragen der Fragezeit gestellt werden können.

Ich darf noch auf einige Bücher unserer Vortragenden hinweisen: die von Prof. Schachtschneider zur fraglichen Souveränität Deutschlands, zur Euro-„Rettung“ und zur Religionsfreiheit, sowie auf das von Dr. Scheil: „Transatlantische Wechselwirkungen“, in dem dargelegt wird, wie gezielt die Geschichtsverfälschung von den USA betrieben worden ist.<sup>1</sup>

---

1 K. A. Schachtschneider.

Die Souveränität Deutschlands: Souverän ist, wer frei ist (Oktober 2012)

Die Rechtswidrigkeit der Euro-Rettungspolitik: Ein Staatsstreich der politischen Klasse (September 2011)

Grenzen der Religionsfreiheit am Beispiel des Islam (April 2011)

Stefan Scheil: Transatlantische Wechselwirkungen: Der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945 (Januar 2012)

Noch eine Anmerkung zu dem Verb „leugnen“, sei es leugnen des Holocaust, des Klimawandels oder der Bedeutung des CO<sub>2</sub>. Es wird statt „bestreiten“ verwendet. Im Gegensatz zum Englischen, das mit „deny“ bestreiten und leugnen meint, unterscheiden wir die beiden Bedeutungen. Die Gemeinheit der politischen Korrektheit, auch in der Gesetzgebung oder der Rechtsprechung, besteht darin, daß man einem Menschen mit „leugnen“, „lügen“ unterstellt, weil er etwas wider besseres Wissen abstreite – denn das bedeutet leugnen –, wo nur bestreiten feststellbar ist. Dies widerspricht unserem fundamentalen Rechtsgrundsatz „in dubio pro reo“, im Zweifel für den Angeklagten. Wenn man nur bestreiten feststellen kann, dann darf man nicht leugnen unterstellen. Aber das steht so in den Strafurteilen und wird von allen nachgesprochen. Auch Juristen kennen meist nicht mehr den Unterschied, wie ich festgestellt habe. Das ist m.E. etwas ganz, ganz Schlimmes.

### ***Frage***

Herr Prof. Schachtschneider. Während Ihres Vortrags lag mir ein Spruch auf der Zunge: Recht ohne Macht wird verlacht. Die Frage ist, woher leitet sich der souveräne Rechtsbegriff ab, den Sie gebrauchen? Sie leiten ihn von Immanuel Kant ab, aber ist Immanuel Kant heute so stark, wie wir ihn brauchen?

### **Karl Albrecht Schachtschneider**

Zunächst noch kurz zu Herrn Backerra. Das Wort „leugnen“ wird von den Juristen benutzt, weil es so im Gesetz steht. Ich habe das Gesetz vorgelesen, in dem das Bestreiten so behandelt wird, als sei es ein Leugnen. Das ist die Praxis, bedauerlicherweise.

Jetzt zu Ihrer Frage: Der Kantianismus, den ich hier vorgetragen habe, ist ja nicht etwa nur eine rechtsphilosophische Lehre, sondern ist geltendes Recht. Ich habe ja ganz kurz nur auf die Texte hingewiesen, die dem zugrunde liegen. Das ganze Grundgesetz ist überhaupt nicht interpretierbar ohne Kant. Das Sittengesetz als Leitbegriff steht im Artikel 2 GG mit aller Deutlichkeit. Das macht ja die Menschenwürde aus, was auch im Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte steht: Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren, sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen. Kürzestfassung der kantischen Rechtsphilosophie. Und das ist geltendes Recht von höchstem Rang.

Daß daraus auch subjektive Rechte entstehen, versteht sich, wenn auch das Bundesverfassungsgericht bisher die logische Konsequenz des subjektiven Rechts als Verfassungsrecht, des Rechts auf Recht, gestützt auf Artikel 2 GG, trotz meiner jahrzehntelangen Bemühungen bisher nicht anerkannt hat, sondern nur kleine Teilausschnitte: aus Artikel 38 GG das Recht auf Demokratie, aber auch das Recht auf Verfassungsidentität. Das ist schade, aber so ist die Rechtslage, und wir haben nicht mehr Möglichkeiten, als die Rechte, die wir haben, vor den Gerichten geltend zu machen. Wenn sie allerdings nicht kraftvoll vertreten werden, in der Lehre, aber auch in der Öffentlichkeit, worum ich mich bemühe, dann ist das mehr als bedauerlich. Wenn die Rechtslehre, insbesondere die Staatsrechtslehre, mit aller Kraft diese Positionen vertreten und nicht nur das abschreiben würde, was das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, wenn sie kommentieren, ordnen, systematisieren würde, dann würde das Bundesverfassungsgericht nach meiner Einschätzung einbrechen. Dann wäre das Gericht, das doch noch immer auch die Legitimation der wissenschaftlichen Erkenntnis des Rechts braucht, nicht in der Lage, das durchzuhalten – die Hälfte der Richter in jedem Senat kommt ja aus der Rechtslehre. Den Einfluß der Rechtslehre als, wie man auch sagt, dritte Quelle der Rechtsetzung, sollte man nicht unterschätzen. Nur, wenn die Rechtslehre die Praxis im Stich läßt, sich völlig unterwirft ... Nach meiner Erfahrung kommt sie beim Bundesverfassungsgericht besser an, wird mehr aufgenommen, als von der lieben Kollegenschaft, die sich einfach nicht die Mühe machen will, Kant zu studieren. Das ist das Problem: Es kostet einige, ja viele Jahre, und die Mühe machen sie sich nicht, sie machen sich's viel zu einfach. Die ganze Rechtslehre ist weitestgehend repetitorhaft, da liegen m. E. ganz entscheidende Schwächen. Deswegen ist es unbedingt nötig und hilfreich, wenn auch über die Öffentlichkeit die Rechtslehre verbreitet wird. Meine Botschaft ist, daß es aufs Recht ankommt. Wir leben gut miteinander, wir haben das gute Leben aller in allgemeiner Freiheit erreicht – das ist m. E. der Rechtszweck –, wenn wir uns um gemeinsame Rechtlichkeit bemühen. Darin steckt ja alles, auch die soziale Komponente, aber auch nicht mehr. Und wenn man die Völker in eine Richtung drängen will, wie es ja nun augenscheinlich geschieht, die sie nie gewollt haben, wie z. B. diese Europäische Union, dann geht das am Recht schlicht und einfach vorbei. Das ist meine Sicht der Dinge, meine Triebfeder.

## **Beitrag**

Ich will keine Frage stellen, sondern nur versuchen, etwas zusammenzufassen, was in den verschiedenen Beiträgen angeklungen ist. Es ging ja zunächst darum, daß die political correctness etwas aufgeweicht sei. Ich meine, dazu, muß man Ernst Nolte aus seinem Buch „Späte Reflexionen“<sup>2</sup> zitieren, in dem er, gerade 90 geworden, sagt: „Die freie Welt hat nur dann ein Recht, sich die freie Welt zu nennen, wenn sie alle Tabuisierungen im Zusammenhang mit dem Holocaust aufgibt, und auch das damit verbundene Strafgesetz.“ Ganz beachtlich, daß Nolte das jetzt so deutlich gesagt hat und es uns allen überläßt, daraus die Konsequenzen zu ziehen. In dieser Hinsicht stehen uns noch weitere hilfreich zur Seite, nämlich jüdische Bürger in England: Paul Eisen und Gilad Atzmon, der als Immigrant auch jetzt in England lebt. Beide sagen: Der Holocaust, so wie bisher dargestellt, ist nicht aufrecht zu erhalten. Der Paragraph 130 Strafgesetzbuch, ein ganz zentrales Thema der political correctness, wird also von verschiedenen Seiten infrage gestellt. Nehru hat in Hinblick auf die Kurden gesagt: „Ein Volk, das unbedingt die Freiheit haben will und bereit ist, den Preis dafür zu bezahlen, das wird die Freiheit auch erhalten.“ Wir müssen uns fragen: Sind wir bereit, den Preis für die Freiheit, für die Veränderung der für viele von uns unhaltbaren Zustände zu entrichten? Freiheit und Veränderung werden uns nicht auf dem silbernen Tablett serviert, wir müssen uns dafür einsetzen. Wenn Marx gesagt hat: „Wenn euer starker Arm es will, stehen alle Räder still“, so können wir das auch für uns beanspruchen. Wenn wir unsere Bildung, unser rechtliches Denken und unser Wahrheitsgefühl einsetzen, brechen die Gesetze der Politischen Korrektheit zusammen.

## **Veranstalter**

Ich bin sehr Ihrer Meinung, allerdings muß ich daran denken, daß schon Marie von Ebner-Eschenbach in etwa gesagt hat: Die schlimmsten Feinde der Freiheit sind die glücklichen Sklaven.<sup>3</sup> Ich befürchte, die Deutschen sind in der Mehrheit glückliche Sklaven.

---

2 Ernst Nolte, Späte Reflexionen: Über den Weltbürgerkrieg des 20. Jahrhunderts, von Karolinger Verlag ( Juni 2011)

3 Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916), Zitat: „Die glücklichen Sklaven sind die erbittertesten Feinde der Freiheit.“

### ***Frage***

Herr Prof. Schachtschneider, das Gericht in Köln hat die Beschneidung verurteilt. Warum müssen aber deutsche Steuerzahler die Beschneidungen bezahlen?

### **Karl Albrecht Schachtschneider**

Ich weiß nicht, ob das so geregelt ist. Wenn die Religionsgemeinschaften ihre eigenen Beschneider haben, die ja da tätig werden dürfen, dann wird das nicht aus Steuermitteln bezahlt – abgesehen von allgemeinen staatlichen Mitteln, die diese Religionsgemeinschaften bekommen. Aber da es kein medizinisch notwendiger Eingriff ist, fällt er, soweit ich sehe, bisher nicht irgendwie in den Zuständigkeitsbereich der Krankenkassen.

### **Beitrag**

Auf meine Anfrage bei der Bezirksversammlung Wandsbek, ob Beschneidungen aus Sozialmitteln bezahlt würden, kam die Antwort, daß das Bezirksamt Wandsbek in mehreren Jahren über 15 000 Euro für Beschneidungen bezahlt hatte.

### **Karl Albrecht Schachtschneider**

Naja, aus sozialen Erwägungen, aber eigentlich nicht begründbar.

### **Beitrag**

Noch etwas zum Thema Beschneidung: Ich habe immer wieder festgestellt, daß viele Menschen das einfach nicht verstehen können, und nicht wissen, was das überhaupt soll. Im letzten Jahr sah ich im Internet einen Film über eine Beschneidung; das Schreien des Säuglings hat mich daran gehindert, den Film bis zu Ende zu sehen. Ich gehe zwar davon aus, daß das Kind sich später nicht mehr daran erinnern wird, aber es hat mit Sicherheit ein Trauma erlitten. Im letzten Jahr hörte ich im NDR ein Interview mit einer jüdischen Rabbinerin, die erklärte, genau auf dieses Trauma käme es an. Denn das sei das, was das Kind erst zum Juden mache und zwischen Juden eine Verbindung stifte, die sie mit anderen Menschen so nicht hätten.

### **Veranstalter**

Es gibt viele wissenschaftliche Äußerungen dazu in Ihrem Sinne. Im letzten Deutschland-Journal steht ein ausführlicher Beitrag darüber:

Es ist eindeutig eine schwere Körperverletzung, die durch nichts gerechtfertigt werden kann. Wir müssen uns nicht darum kümmern, was andere dazu meinen, sondern wir gehen von unseren Vorstellungen aus und sagen: Das ist schlicht und ergreifend Körperverletzung! Alles andere muß uns nicht interessieren.

### ***Frage***

Herr Prof. Schachtschneider, was sind Ihre Erfahrungen mit der Politischen Korrektheit in Ihrer Arbeitswelt? Welchem Druck, welcher Atmosphäre sind Lehrende ausgesetzt, sofern sie von der politisch korrekten Norm abweichen? Wie ist man Ihnen im Kollegenkreis gegenübergetreten, und wie haben Sie sich dort verhalten, um ungestört lehren zu können, und wie ist das von den Studenten aufgenommen worden?

### **Karl Albrecht Schachtschneider**

Ich muß zu meiner „Schande“ gestehen, daß die Studenten immer auf meiner Seite waren, und daß ich über Jahre den zweifelhaften Ehrentitel hatte, der unterhaltsamste Professor zu sein. Wenn ich heute auch etwas viel vorgelesen habe, einfach aus Zeitnot und wegen der Schwierigkeit des Themas, so war ich wohl immer der Professor, den man in den beiden Fakultäten, in denen ich zu lehren hatte, am liebsten gehört hat. Ich hatte keinerlei Schwierigkeiten mit den Studenten. Es gab natürlich auch Denunzianten. Als ich einmal nach Wien gefahren war, um an einer Podiumsdiskussion zum Beitritt Österreichs zur Europäischen Union teilzunehmen, an der auch Jörg Haider teilgenommen hatte, war das einen großen Bericht in der Wochenendausgabe der Nürnberger Nachrichten wert, mit den üblichen Beschimpfungen: In letzter Zeit erzählt er nur noch braunes Zeug. Dazu gehörte: 1. Grundelement der Gemeinschaft ist die Familie – ist natürlich braunes Zeug, 2. Ausländer haben kein Wahlrecht – auch braunes Zeug, ist aber ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Das hat dann schon zu einer Sonderveranstaltung mit Studenten in der Fakultät geführt. Aber ich hatte sonst nie Schwierigkeiten mit der Fakultät. Sie waren dort, genau genommen, froh, daß jemand das gesagt hat, daß sie es selbst nicht sagen mußten. Schwierigkeiten hatte ich natürlich mit der örtlichen Zeitung. Die berühmten Nürnberger Nachrichten – immerhin mit einer Auflage von vier Millionen, und mit ihrer Vergangenheit eindeutig zuzuordnen –, die haben sich natürlich sehr schwer getan, von mir irgendetwas

Europakritisches aufzunehmen, obwohl es in letzter Zeit etwas besser wurde. Die Medien waren es, nicht die Fakultät, schon gar nicht die Studentenschaft; bis auf einige wenige aus gewissen politischen Gruppierungen waren die Studenten in keiner Weise schwierig.

Aber sonst hat man natürlich genug Schwierigkeiten durch das Internet. Wie Sie wissen, es läuft es ja so, daß die politische Zuordnung sich nicht danach richtet, was man geschrieben hat. Es würde ja viel zu viel Mühe machen, diese vielen Schriften zu lesen, es würde auch einige Mühe machen, sie zu verstehen. Deshalb zählt man nur auf, wo man Vorträge gehalten hat. Da wird natürlich auch immer die SWG genannt. Und dann ist ja völlig klar, daß man rechtsaußen ist oder noch schlimmer. Gegen diese Diffamierungen gibt es ja praktisch, wenn sie nicht konkreter werden, keinen Rechtsschutz. Ich glaube, nicht einmal gegen „Nazi“, das oft vorkommt, kann man etwas machen. Das wird als Werturteil eingestuft, nicht als Tatsachenbehauptung, und gegen Werturteile kommen sie nicht an, nicht presserechtlich und schon gar nicht strafrechtlich mit dem Beleidigungsparagrafen. Mir ist auch völlig klar, wie schwierig die Grenzziehungen sind: Was ist eine Beleidigung usw. usw. Aber es ist schmerzlich: Wenn sie die Tabus der political correctness verletzen, haben sie die geballte Medienmacht gegen sich. Deren Rufmord ist fast genau so wirksam wie strafrechtliche Maßnahmen, die natürlich jeder besonders fürchten muß, gerade im Öffentlichen Dienst. Sie können nicht dagegen ankommen, weil die Medien, gerade die rühmen, ja mutig nennen, die derartige Äußerungen machen. Das ist die Perversität an und für sich.

### **Beitrag**

Herr Vollrath hat Helmut Schmidt erwähnt. Er ist ja als die letzte und größte moralische Instanz, die wir z. Z. in Deutschland haben, aufgebaut; in Hamburg kritisch über Helmut Schmidt zu reden kommt sicher Gotteslästerung gleich. Vor 51 Jahren hat Helmut Schmidt im Februar 1962 Großartiges bei der Sturmflut geleistet. Danach hat er, sage ich, das deutsche Volk verraten. Er hat auf der Segelyacht der Warburgs, auf der „Atalanta“ gemeinsam mit Giscard d'Estaing 1978 die Grundpfeiler des europäischen Währungssystems gegossen; daraus resultierte der Euro. Schmidt ist ein großer Befürworter des Euro. Er hat Prof. Schachtschneider und seine Mitstreiter massivst beschimpft, insbesondere seinen Hamburger Parteifreund Wilhelm Nölling, mit

dem ich im engen Kontakt stehe. Ein ganz kurzer Sprung zurück: 1913 wurde die FED<sup>4</sup> gegründet, 1. Präsident der FED war Paul Warburg, Statthalter in Deutschland war Max Warburg. Und uf der Segelyacht der Warburgs wurden die Grundpfeiler des Euros gegossen, von dem Nölling gesagt hat: Der Euro ist der größte währungspolitische Irrtum der Weltgeschichte.

Mit Blick auf die deutschen Goldreserven hoffe ich nur, daß die Presse Druck macht, um den Sachstand zu klären. Ich fürchte, die 3.391 t Gold, die wir haben sollen, sind gar nicht mehr vorhanden. Es wäre aller Ehren wert, das auch öffentlich zu machen.

### ***Frage***

Herr Prof. Schachtschneider, ich habe eine Frage zum Schutz der Ehe in der Verfassung. Meiner Meinung nach unterliegen wir auch ein wenig der Politischen Korrektheit, wenn wir auf die Gesetzgebung schimpfen, daß, z.B. mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft die Ehe nicht mehr richtig unter Schutz stünde. Ich verweise darauf, daß 1875 die Zivilehe eingeführt wurde, bzw. das Gesetz, wonach zuerst die Zivilehe zu schließen war, und erst danach kirchlich geheiratet werden durfte. Nach meiner Meinung geht es beim Schutz der Ehe nur um das kirchliche Recht. Nach israelischem Recht erkennt der Staat nur die Ehen an, die geschlossen wurden, und die werden von den Religionsgemeinschaften geschlossen. Auch wenn in Deutschland die zivile Trauung voraus geht, gilt letztlich die kirchliche Trauung mehr. Die staatliche Ehe, die wir haben, ist auch nur eine Form der eingetragenen Lebenspartnerschaft. Und wenn wir jetzt noch 10 weitere verschiedene dazu bekommen, ist das völlig gleich, denn der Schutz der Ehe bezieht sich auf das, was die Religionen schließen. Wir sollten deshalb nicht den Staat kritisieren, sondern es sollte uns eher darum gehen, daß die Leute sich wieder darauf besinnen: Was ist eigentlich die Ehe? Daß sie als staatlich geschützte Institution auch geschieden werden kann, ist verständlich. In der katholischen Kirche aber können sie sich nicht scheiden lassen. Der Staat hat nur die Pflicht, dafür zu sorgen, daß wir in der Lage sind,

---

4 Anm. d. Red.: FED, irrig für Fed, das Federal Reserve System, das Zentralbank-System der USA, das auch *US-Notenbank* genannt wird, obschon es ein Verbund vieler privater Banken besteht, der zwar an den Kongress berichtet und dessen Gesetzgebung unterliegt, aber sonst eigenständig wirkt.



diese Ehe auszuführen, mehr steht nicht unter Schutz. Dieser Schutz ist auch gewährleistet. In dem Sinne ist es auch schön, was viele nicht mitbekommen haben, daß seit wenigen Jahren in Deutschland auch die umgekehrte Reihenfolge der Eheschließungen möglich wurde: Inzwischen darf man wieder die staatliche Ehe nach der religiösen Ehe schließen. Sie brauchen die staatliche Trauung nicht einmal mehr. Das ist in meinen Augen ein riesengroßer Schutz der Ehe, weil der Staat sich nicht mehr einmischte. Können Sie dazu noch etwas sagen?

### **Karl Albrecht Schachtschneider**

Ja, das ist ein sehr wichtiger Beitrag. Ich denke, was die Ehe begründet, ob ein religiöser oder ein staatlicher Akt ist nicht das Entscheidende. Man braucht die Zivilehe, weil ja nicht die gesamte Bevölkerung religiös gebunden ist, und sie auch enorm viele staatliche Konsequenzen hat, oder jedenfalls hatte. Deshalb war diese Verbindung schon von Bedeutung, aber die will ich gar nicht unbedingt verteidigen. Ich habe nur zu sagen versucht, was die Ehe ist, was sie substantziell ausmacht. Und sie hat natürlich auch ihre religiösen Formen, und wenn es nur die religiösen gäbe, wie in anderen Ländern, wäre das völlig hinreichend. Es geht mir nur darum, daß man begrifflich vom Grundgesetz abweicht und andere menschliche Gemeinschaften mehr oder weniger wie eine Ehe behandelt und damit den Begriff der Ehe und Familie aushöhlt, um die es ja ganz wesentlich geht, und damit allemal nicht dem Kindeswohl genügt. Das ist natürlich in erster Linie eine biosoziologische Frage. Nur dahin geht mein Plädoyer. Wir haben da wohl gar kein Gegeneinander.

### **Veranstalter**

Noch eine Frage zur Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare. Dabei geht es ja darum, daß der eine Partner schon das Kind adoptiert hat, und der andere es nun auch noch adoptieren möchte. Ich frage mich nun, ob in der gegebenen Lage, in der ein Kind in beiden Partnern Bezugspersonen hat, es dann wirklich so schlimm ist, daß der andere Partner auch das Kind adoptieren darf. Ich denke hier an das Wohl des Kindes. Natürlich ist es schöner, wenn ein Kind bei Vater und Mutter aufwächst, aber das ist eben nicht immer gegeben. Da muß ich wirklich fragen: Was nimmt man der Ehe, wenn man anderen Lebensgemeinschaften ähnliche Rechte gibt? Ist der Widerstand dagegen nicht vielleicht ein bißchen stur?

## **Karl Albrecht Schachtschneider**

Herr Backerra, die Sturheit hat natürlich gute Gründe. Denn man stelle sich einmal vor, diese Paare wären nicht in einer Lebenspartnerschaft verbunden, die praktisch als ehogleich anerkannt wird. Dann wären es zwei fremde, unabhängige Menschen. Da käme eine Doppeladoption überhaupt nicht in Betracht. Denn wenn ein Kind von einem Menschen adoptiert ist, kann es nicht von irgendeinem Dritten auch noch adoptiert werden. Also, alleine die Ehe rechtfertigt überhaupt die Doppeladoption, nämlich durch das Elternpaar, weil normalerweise ein Kind ein Elternpaar hat, Vater und Mutter. Nur diese Parallelisierung rechtfertigt überhaupt die Sukzessivadoption; deshalb muß man das homosexuelle Paar als Eltern akzeptieren. Und dagegen wende ich mich, weil ich es nicht für richtig halte, daß zwei Männer oder zwei Frauen als Vater und Mutter behandelt werden. Das ist der ganze Punkt. Es widerspricht der Natur. Aber wenn man erst einmal den Fehltritt getan hat, diese homosexuellen Bindungen einer Ehe gleich zu achten, dann ist das andere natürlich konsequent. Das Gericht hat ja gar nicht Unrecht mit dem Gleichheitssatz, aber das Schlimme ist, daß es uralte menschliche Begriffe nur wegen der political correctness auflöst, nämlich den Begriff der Elternschaft, der naturgegeben ist. Denn so falsch war das Naturrecht, das katholische Naturrecht, wohl nicht, und die Aufklärung setzt genau genommen die Naturrechtstradition richtigerweise fort. Daß die Natur der Sache, die Natur des Menschen in der Rechtsordnung maßgeblich sein sollte, wäre jedenfalls meine Position. Deshalb halte ich die jetzige Entwicklung für naturwidrig und kritikwürdig.

### ***Frage***

Herr Vollradt, wäre Ihr brillianter Vortrag nicht um die Machtfrage zu ergänzen? Die political correctness fällt ja nicht vom Himmel, sondern wird im wesentlichen gemacht. Wir haben dazu von Herrn Scheil gehört, wie die Massen manipuliert werden. Sein Buch „Transatlantische Wechselwirkungen“ kann ich nur sehr empfehlen. Da ist das in Fortsetzung des Buches „Charakterwäsche“ von Schrenck-Notzing sehr gut beschrieben. Wo kommt die political correctness her? Ihre Zeitung hat vor wenigen Wochen eine zweiseitige Übersicht gebracht, welche Medien in Deutschland der SPD gehören, sozialdemokratisch beeinflußt oder abhängig sind. Gehen wir ein wenig weiter, kommen wir ganz schnell zu den riesigen Medienkonzernen wie Bertelsmann oder früher

Maxwell, die weltweit operieren. Daher frage ich: Kommt die Politische Korrektheit nicht auch wesentlich von denen, die diese Konzerne besitzen oder beherrschen und auch die Agenturen beeinflussen? Diese wiederum bestimmen unsere Information, wie die fast wortgleichen Abendnachrichten im 1. und 2. Fernsehen zeigen. Ich sehe als einzige Möglichkeit, dieser Abhängigkeit zu entgehen, insoweit bin ich ein Pirat, daß wir viel mehr das Informationsangebot des Internets nutzen.

### **Christian Vollradt**

Ich weiß nicht, ob das so funktioniert, wie Sie meinen. Wir hatten über die DDVG, geschrieben, die „Deutsche Druck- und Verlags-gesellschaft“, die praktisch zu 100 % im Besitz der SPD ist, und der maßgebliche Zeitungen in Deutschland gehören, aber auch Radiosender. Ich habe Schwierigkeiten, mir vorzustellen, daß diese Abhängigkeiten so bis in die einzelnen Redaktionen oder bis auf die Schreibtische der Mitarbeiter wirken, daß die so schreiben, wie sie schreiben. Ich denke, daß die Politische Korrektheit oder die Art und Weise, wie Dinge dargestellt werden, mittlerweile bei den meisten Protagonisten so verinnerlicht sind, daß da gar keiner mehr jemanden anstupsen oder ihm sagen muß: Das schreibst Du jetzt so! Was die wirtschaftliche Seite angeht, stimme ich Ihnen auf jeden Fall zu. Das sieht man auch an der Debatte um das Leistungsschutzrecht, das jetzt den Bundestag passiert hat. Da haben natürlich die Medienkonzerne einen unglaublichen Einfluß, den sie gemeinsam nutzen. Hier wird eindeutig Lobbypolitik betrieben. Das Schlimme ist m.E. desonders, daß wir die frühere Vielfalt nicht mehr haben. Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, es gäbe jetzt z.B. die SPD-Medien auf der einen Seite und auf der anderen Seite, vielleicht als rechtes Korrelativ den Springer-Konzern oder Bertelsmann. Es ist ja alles eine Einheitsoße, egal, wer wem gehört. Das ist, denke ich, die große Gefahr. Noch einmal: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Einfluß von Bertelsmann in die einzelnen Redaktionen so weit geht, Ihnen zu sagen, was geschrieben werden muß. Doch in Personalentscheidungen, wer die Konzerne oder wer die Firmen leitet, wer den Redaktionen vorsteht, da ist dieser Einfluß sicherlich gegeben.

Mein Vater hat mir gestanden, daß auch er aufgrund seiner damaligen Überzeugung sich 1968 hier vor das Springerhochhaus gelegt hat, um an einem Tag die Auslieferung der Bildzeitung zu verhindern. Aber er

sagte, wenn er gewußt hätte, wem die wirkliche Medienkonzentration gehört, hätte er sich lieber vor die SPD-Zentrale gelegt.

### **Beitrag**

Herr Prof. Schachtschneider, ich stelle keine Frage. Ich möchte, auch im Namen meiner Freunde, einfach nur „danke“ sagen. Danke für Ihren beispiellosen Einsatz für uns und unser Volk. Wir haben Ihnen ein kleines Präsent mitgebracht, mit dem wir in Frankfurt unterwegs waren und bis zur EZB demonstriert haben.

(Frau Gigi Romeiser übergibt einen weißen Schirm mit blauer Aufschrift: RAUS AUS DEM €.)

### **Frage**

Herr Prof. Schachtschneider, eine Frage, wenn sie nach dieser Ehrung noch erlaubt ist. Sie haben sehr umfassend erläutert, wie Recht, Gesetz usw., auf den von Ihnen genannten Idealen basieren. Aber bei der Gesetzgebung der letzten Jahre hörte man immer wieder, daß Lobbygruppen zusammengerufen wurden, die diese Gesetze formuliert haben. Und das letzte Gesetz, das Meldegesetz, wurde von unseren Volksvertretern in einer Abendveranstaltung, bei der nur 20 von ihnen anwesend waren, durchgewinkt. Nur das Bundesverfassungsgericht kann es nachher vielleicht noch bremsen. Wenn, wie Sie sagen, alles auf Recht und Gesetz aufbaut, diese Grundlage aber auf diese Weise zustande kommt, und fast jedes Gesetz vor dem Verfassungsgericht endet, dann ist doch grundsätzlich etwas falsch, dann haben wir eine Webfehler im System.

### **Karl Albrecht Schachtschneider**

Ich habe nur versucht, darzustellen, das es Recht gibt, wie man das Recht erkennen kann, und daß es erkannt werden muß. Ich habe ja einen klaren Unterschied gemacht zwischen Recht und Gesetz. Das Recht gibt es schon, wie gesagt, aber der Parteienstaat hat mit einem Rechtsstaat wenig zu tun. Es gehört mit zur ganzen political correctness, daß wir immer sagen, wir leben in einer Demokratie. Davon kann ja überhaupt keine Rede sein. Wir leben in einem Parteienstaat. Der hat demokratische Elemente, die man nicht bestreiten kann, wie z. B. die Wahlen. Aber mindestens genau so essentiell ist die freie Rede, und auch davon kann überhaupt keine Rede sein. Natürlich gehörte dazu

eine Besetzung des Parlaments mit den Besten des Volkes, mit republikanischer Aristokratie, denen, die jedenfalls charakterlich am besten sind, durch entsprechende Auswahlverfahren. Doch die Auswahlverfahren widersprechen ja geradezu dem System der Bestenauslese. Es sind die Bündnisse der Mittelmäßigen, die die Abgeordneten ins Parlament bringen. Aus vielerlei Gründen – da spielen die Medien wieder eine entscheidende Rolle – werden sie auch gewählt nach dem Motto: Ich wähle das geringste Übel; d.h., man wählt in jedem Fall ein Übel. Das Wahlsystem müßte ein völlig anderes sein, es ist ja im Grundgesetz nicht festgelegt. Ich habe nicht über die Mißstände des Parteienstaates gesprochen, aber unsere Wirklichkeit ist ein Parteienstaat, jetzt sogar mit ganz starker Einheitlichkeit der maßgeblichen Parteien, ohne eine wirkliche Alternative. Zum Mehrparteienstaat gehört aber zumindest eine politische Alternative, die eine wirklich alternative Politik anbietet. Die Ämterpatronage habe ich den Kitt genannt; sie ist klar verfassungswidrig, und vieles andere mehr. Es ist eben eine Frage auch des Prozedere, der Institutionen, der Verfahren, aber auch der Sittlichkeit aller, auch der Bürger, aus dem Parteienstaat wieder zurückzufinden zu einer Republik, die freilich demokratisch sein muß. Sie hat eine ganz klare Schwäche hinsichtlich der Sittlichkeit, der inneren Freiheit der Bürger. In dem Maße, in dem die innere Freiheit fehlt, und das auch mißbraucht werden kann über das Wahlsystem, über die Medien, über all die Mächte, die sich gebildet haben, entfernt sich die Republik von ihrem eigenen Charakter, von dem, wie sie sein soll. Sie ist geradezu zwangsläufig, zu einem Parteienstaat geworden. Wir kennen das schon vom alten Rom. Die Republik ist da auch untergegangen in dem Parteienstaat. Das ist hoffentlich nicht unser Schicksal. Ich denke, wir haben doch vielleicht noch irgendwie vom Grundgesetz her die Möglichkeit, zur Republik zurückzufinden, oder überhaupt zu finden. Da spielt m.E. die Verfassungslehre eine ganz entscheidende Rolle. Deshalb ist es sehr bedauerlich, daß die Staatsrechtslehre da so versagt, wie sie versagt, weil sie die Republik überhaupt nicht lehrt – sie kommt im Kanon der Lehre ja überhaupt nicht vor. Der wichtigste Begriff des Grundgesetzes ist Republik. Aber wenn sie in die Lehrbücher und Kommentare schauen, steht da: Republik heißt, keine Monarchie. Mehr nicht. Daß das ein hochsubstantieller Begriff ist, wird gar nicht wahrgenommen. Dazu gehört das Amtsprinzip. Wir haben aus den Ämtern Jobs gemacht. Da gibt es das Prinzip der Bestenauslese. Wir

schicken freundlich gesagt, reines Mittelmaß in das wichtigste Amt, das Mandat des Abgeordneten, und vieles andere mehr.

Wir sind völlig einer Meinung, daß die Gesetzgebung völlig schief geht und dann noch eindeutig verfassungswidrig beeinflusst ist von Lobbyisten, daß Lobbyisten, Anwaltsbüros, die sonst die Banken vertreten, die Gesetze schreiben weil unsere Ministerialbürokratie anscheinend nicht dazu in der Lage ist; d. h., sie wird nicht gefragt, man läßt sie gar nicht ran. Das ist natürlich alles ungeheuerlich. Auch, daß das Bundesverfassungsgericht solche Gesetze nicht einfach beiseite geschoben hat, weil (so das Deckmäntelchen) sie ja vom Parlament beschlossen worden seien. Ein Trauerspiel. Da muß sich auch die Rechtslehre weiter entwickeln, aber auch angestoßen werden von der öffentlichen Meinung; da hat sie viel zu wenig Gegenwind. Die Ämter haben zu wenig Gegenwind. Da ist das Thema Presse, Medien: Medien als die stärkste Gewalt. Nicht einmal die Finanzoligarchie hätte die Macht, die Medien einzuschränken, wenn die Medien wirklich ihrer Aufgabe genügen würden. Ich vertrete z. B. ein Recht jedes Journalisten, seine Artikel, wenn sie nicht völlig absurd sind, in seine Zeitung einzubringen, ohne daß der Chefredakteur sie streichen kann. Wir brauchen eine starke Unabhängigkeit der Journalisten. Sie sind aber (Junge Freiheit immer ausgenommen) völlig abhängig, weil sie sonst ihren Job verlieren. Aber dafür sind sie von zu großer Staatserheblichkeit. Die Medien sind eine wirkliche Gewalt neben den drei bekannten Gewalten, weil die öffentliche Meinung eben in einer Demokratie essentiell ist.

### *Frage*

Herr Prof. Schachtschneider, ich fahre täglich mit der U-Bahn zur Arbeit; wenn ich am U-Bahnhof Wandsbek aussteige und versuche, einen Platz im Bus zu bekommen und dabei den kategorischen Imperativ anwende, werde ich, wahrscheinlich von wütenden südländischen Blicken begleitet, keinen Platz bekommen. Ich bin gerne Ihrem Vortrag gefolgt, aber er hat mich eher an meine philosophischen Exerzitien in der Universität erinnert, denn im täglichen Überlebenskampf kann ich diese philosophischen Grundsätze nicht anwenden. Wir leben in einem Land, was fragmentiert ist durch Zuwanderung, was die autochthone Bevölkerung dermaßen verunsichert hat, daß eine homogene Struktur gar nicht mehr vorhanden ist, in der man sich gegenseitig besichert, um so eine Art allgemeinen Willen überhaupt noch zu entwickeln. Und dann

sagt ein ehemaliger Innenminister Baum, in einer Talkshow neulich: Wir Politiker erwarten doch von der Gesellschaft, daß sie uns vorgibt, was wir tun sollen! So, plötzlich, erwarten die von uns, daß wir ihnen sagen, wo es hingehet?! Ich dachte immer, das sei umgekehrt. Ich dachte, die sind der Kapitän auf dem Schiff – aber jetzt fragen sie die Matrosen. Ja, wer führt dieses Schiff denn noch, wenn wir selber nicht über unseren Schatten springen? In einer Presseagentur heißt es: Wir sind so unter Druck, wir müssen täglich neue Meldungen bringen, wir können deshalb nicht noch lange recherchieren. Ein gebildeter Journalist sagt mir. Ich bin doch ohnmächtig, wir können nichts tun. Keiner kann etwas tun. Die Politiker warten auf das Volk, das auf die Politiker wartet – Stillstand. Wenn wir Bürgerlichen nicht über unseren Schatten springen und unseren Erkenntnisvorsprung nutzen, um wirklich aktiv zu werden und in die Verantwortung zu treten, wird nichts geschehen. Jeder hier in diesem Kreise sollte über seinen Schatten springen und etwas tun.

### **Karl Albrecht Schachtschneider**

Sie sprechen die entscheidende Frage der Homogenität an. Die ganze Lehre von der wahren Republik beruht auf dem Gedanken der hinreichenden Homogenität des Volkes. Dieses Thema haben wir noch gar nicht angesprochen: die Desintegration des Volkes, durch den Verlust an Identität, wie man neuerdings sagt. Daß diese Homogenität beseitigt wird, ist eine gewollte politische Entwicklung. Ich habe ja immer sehr wohl unterschieden zwischen den Worten Volk und Bevölkerung. Aus dem Volk macht man bewußt eine nicht homogene Bevölkerung, weil sie sich leichter beherrschen läßt.

Aber es bleibt immer noch richtig: Die Erkenntnis des Rechts im Sinne des von mir formulierten Rechtsprinzips des „neminem laedere“ (keinen verletzen), des gemeinsamen Willens, dem anderen Freiheit zu lassen, geht im Prinzip auch mit einer wenig homogenen Bevölkerung. Wenn aber Bevölkerungsteile ihre rechtlichen Auffassungen, ihr Rechtsbewußtsein, an ihrer Religion ausrichten, dann geht das nicht mehr. Das ging, so lange alle irgendwie Christen waren. (Der Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken wurde ja weitgehend durch den 30jährigen Krieg erledigt, obwohl er noch bis in die frühe Nachkriegszeit eine nicht ganz unerhebliche Rolle spielte.) Aber jetzt haben wir eine völlig andere Situation durch eine Religion, die ins Land mehr und mehr eindringt und, so ist zu befürchten, auch einmal

das Land beherrschen könnte, die ausdrücklich fordert, politisches Handeln in jeder Weise an der Religion auszurichten, dem Islam. Sie ist in keiner Weise bereit, die innere Säkularisation vorzunehmen, die für eine Republik nötig ist, sondern fordert Einheit von Politik und Religion. Was Gesetz sein soll, bestimmt die Religion, der Koran, und die koranische Tradition, so wie die Rechtsgelehrten, wie es da interessanter Weise heißt, die Theologen, es auslegen. Da sind die Hoffnungen naturgemäß gering, daß wir dann das eigentliche europäische Ziel weiterverfolgen können: die allgemeine Aufgeklärtheit. Nur mit der allgemeinen Aufgeklärtheit können wir zurechtkommen. Ich habe schon vor vielen Jahren, übrigens in Hamburg entwickelt, die Auffassung vertreten, daß die Homogenität Voraussetzung einer Republik ist. Da wird man schon diskriminiert, wenn man das überhaupt so sagt. Ich weiß, daß ich in München, ausgerechnet in München, von der Bundeswehruniversität, in einer Bewerbungssache, da war ich noch etwas jünger, nicht eingeladen wurde, weil ich in einem Vortrag und einem Aufsatz das Prinzip Homogenität vertreten hatte. Deshalb war ich bei der Bundeswehruniversität nicht mehr einladbar, in München, Bayern.

### **Veranstalter**

Nun sind wir alle etwas ermattet, nicht wahr? Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, wir alle, glaube ich, danken zuerst einmal den Referenten, die ihre Themen so nachdrücklich vorgetragen und noch in der Aussprache ergänzt haben. Ihnen danke ich für Ihre Fragen und Beiträge.

Es ist uns wohl insgesamt sehr bewußt geworden, wie sehr der Wert einer Demokratie davon abhängt, welche Werte darin gelebt werden. Egon Bahr, egal, ob man ihn nun mag, oder nicht, sicherlich ein unverdächtigster Zeuge, hat einmal in einem Interview in der „Welt am Sonntag“ gesagt, Rechtsstaatlichkeit sei wichtiger als Demokratie.<sup>5</sup> Sehr wahr, kann ich nur sagen. Rechtsstaatlichkeit heißt: Gesetze sind wirklich Recht, und das politische Handeln wird insgesamt so von Rechtlichkeit bestimmt, daß selbstverständlich jedem das Seine gegeben wird, auch ohne, daß er dies vor Gericht erstreiten müßte. Ich

---

<sup>5</sup> WamS 17.03.2007, S. 3: *Rechtsstaatlichkeit ist mir am wichtigsten, rule of law.* Antwort die Frage: *Was ist generell für Sie wichtiger: Demokratie oder Stabilität?*



glaube, das ist bei uns nicht gegeben. Diese Kultur der Rechtlichkeit hat Deutschland, wie auch andere Länder der sogenannten westlichen Wertegemeinschaft, weitgehend verloren. Weithin herrscht eine Despotie der Mehrheit, entweder die der Zahl, was ja vielleicht noch erträglich wäre, aber vor allem die angemäÙte, ich nenne es: verbale politisch-mediale Mehrheit der Politischen Korrektheit. Und die darf man über weite Strecken wohl mit der Diktatur des Proletariats vergleichen.

Wir können zwar nicht die Welt aus den Angeln heben, aber ich glaube, wir alle können, jeder nach seinen Möglichkeiten, dazu beitragen, der Freiheit eine Bresche zu schlagen. Es wurde eben gefragt: Welche Chancen sehen Sie, daß sich das ändert? Wir wissen es nicht. Wir wußten noch Anfang 89 nicht, daß die Mauer fallen würde. Wenn wir aber eine Chance haben wollen, daß es in die richtige Richtung geht, dann sollte sich jeder nach seinen Möglichkeiten dazu einbringen. Deshalb sage ich noch einmal: Wir können dazu beitragen, der Freiheit eine Bresche zu schlagen!

Damit ist der Seminartag beendet. Auf Wiedersehen, gleich beim Glas Sekt, und dann, so Gott will, beim Seminartag im nächsten Jahr. Herzlichen Dank.



*Protestschirm für Prof. Schachtschneider*